

Forderungspapier des Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V. zur aktuellen Energiekrise

Kleine- und mittelständische Unternehmen befinden sich aktuell durch massiv gestiegene Energiepreise, ansteigende Inflation, Probleme in der Lieferkette und fehlende Unterstützung seitens der Politik in einer existenzbedrohenden Lage. Die bisherigen Unterstützungen aus den Entlastungspaketen sind aus Sicht des Bund der Selbständigen Baden-Württemberg nicht geeignet, um die kleinen Betriebe im Land adäquat zu unterstützen. Wir fordern daher die Bundesregierung auf unverzüglich tätig zu werden und folgende Punkte umzusetzen:

1. Absenkung bzw. Aussetzung der Energiesteuer und der Stromsteuer

Die steigenden Energiekosten sind der Haupttreiber der Inflation und aktuell das größte Problem des Mittelstands. Eine temporäre Aussetzung der Energiesteuer (auf alle Energieträger) und Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau ist eine kurzfristige und vor allem wirkungsvolle Entlastung für die kleinen- und mittelständischen Unternehmen.

2. Direkte Unterstützung / Förderungen für kleine- und mittelständische Unternehmen

Bereits in der Corona-Pandemie hat es sich gezeigt, dass direkte Hilfsprogramme (Soforthilfe, Überbrückungshilfen etc.) ein probates Mittel sind, um gerade kleine- und mittelständische Unternehmen in schwierigen Zeiten zu stützen. Daher fordern wir zum einen das Energiekostendämpfungsprogramm (EKDP) massiv auszuweiten und für weitere Branchen zu öffnen. Zum anderen plädieren wir für ein spezifisches Hilfsprogramm, analog zu den Überbrückungshilfen in der Corona-Pandemie, für den Mittelstand. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit mit den betroffenen und deren Vertretern von Nöten um, im Sinne einer sorgsam Verteilung der Mittel, die Programm entsprechend auszugestalten. Es müssen gezielte Hilfen sein und keine Ausschüttung nach dem Gießkannenprinzip.

3. Alle Kapazitäten nutzen und mobilisieren – „Jede Kilowattstunde zählt“

Um die gestiegenen Preise für Strom und Gas zu bekämpfen, ist es unabdingbar, dass alle Kapazitäten in Deutschland zu nutzen, um kurzfristig mehr Energie und Strom bereitzustellen. Daher fordern wir, dass alle drei noch aktiven Kernkraftwerke regulär

weiterbetrieben werden. Und zwar so lange bis die aktuelle Energiekrise überwunden ist. Ebenso ist die Ausweitung bzw. Aufhebung der Maximalproduktionsgrenze für Biogas in der aktuellen Situation gefordert. Darüber hinaus müssen bürokratische Hindernisse für die Installation und Inbetriebnahme von PV-Anlagen, Windkraftwerken abgebaut bzw. abgeschafft werden. Nur mit Vollgas im Ausbau der regenerativen Energien und den entsprechenden Transportnetzen werden wir zukünftig die Energieversorgungssicherheit im Land gewährleisten können. Dabei ist enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern von größter Bedeutung.

4. Verlängerung der Ausbildungsprämie und Ausbildungsprämie (plus)

Die Ausbildungsprämie bzw. Ausbildungsprämie(plus) hat sich bereits in der Corona-Pandemie und war eine wichtige Stütze für Ausbildungsbetriebe. Mit einer Wiederauflage dieses Programm würde man zum einen alle Ausbildungsbetriebe entlasten und Anreize für zusätzliche Ausbildungsplätzen schaffen.

5. Unverzügliche Umsetzung der Strompreisbremse und Einrichtung einer Gaspreisbremse

Die geplante Strompreisbremse der Bundesregierung geht in die richtige Richtung. Jedoch sind die Pläne noch vage und der entscheidenden Details fehlen. Daher fordern wir die Bundesregierung auf diese offenen Fragen (u.a. Definition „Basisverbrauch“, Finanzierung) unverzüglich zur klären, sodass die Strompreisbremse umgesetzt werden kann. Parallel dazu muss ein vergleichbares Instrument für die massiv gestiegenen Gaspreise geschaffen werden. Je schneller die Strom- und eine mögliche Gaspreisbremse umgesetzt werden, umso schneller können auch andere Hilfsprogramme ausgesetzt werden.

6. Aussetzung der Gasumlage

Die Gasumlage ist und bleibt handwerklich schlecht gemacht und lässt viele Frage offen. Daher fordern wir weiterhin, dass diese bis auf weiteres ausgesetzt wird.

Weitere Informationen:

Der Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V. (BDS) ist der Dachverband und die Stimme von vielen Handels- und Gewerbevereinen im Land. Dieser Wirtschaftsverband besteht seit fast 170 Jahren. Weitere Informationen zum BDS-Landesverband finden Sie unter www.bds-bw.de.

Ansprechpartner:

Nicolai Lauble

Bund der Selbständigen Baden-Württemberg e.V.

Taubenheimstraße 24

70372 Stuttgart

E-Mail: lauble@bds-bw.de

Telefon: 0711 / 954 668 – 13